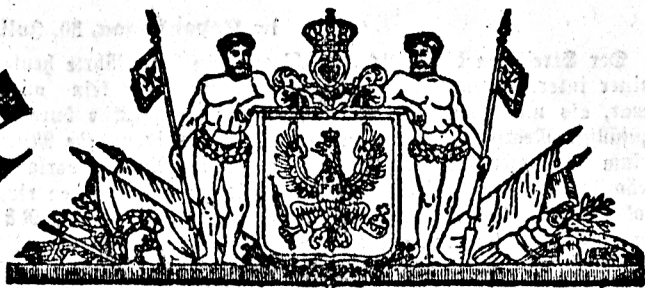


Wossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: Monatlich 2.75 M., vierteljährlich 11.25 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): I. V. Rolf Gallert in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800-11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

1917 oder 1919?

Ehren von Weimar.

Wenn jemand aus einer fremden Welt in den letzten acht Tagen die Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung und ihren Wiederhall in der deutschen Öffentlichkeit verfolgt hätte, so müßte er glauben, daß es uns Deutschen doch gegenwärtig leidlich gut gehen müßte.

Man greife nur eine Frage heraus. Wir alle wissen, und der Reichswirtschaftsminister hat es in seiner Rede in Weimar auch betont, daß die dringlichste Aufgabe für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und gleichzeitig die dringlichste Aufgabe für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage die Erhöhung unserer Kohlenproduktion ist.

Daß das Parlament von Weimar dazu zu bringen sein wird, die arduen Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sachlich und frei von der rein parteipolitischen Einstellung zu erörtern, ist eine Hoffnung, die man aufgeben muß.

Demokraten und Regierung.

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion. am Weimar, 30. Juli.

Seit dem 21. Juni und besonders in den letzten Tagen ist immer wieder in der Presse und im Parlament von dem Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung die Rede gewesen.

Die Durchführung der Wirtschaftsbedingungen

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die wirtschaftliche Kommission für die Ausführung der Friedensbedingungen, die zurzeit in Versailles mit den alliierten und assoziierten Regierungen über die Lieferung von

Rohlen, Chemikalien, über den Wiederaufbau und anderes mehr unterhandelt, hat in Weimar der Reichsregierung Bericht erstattet. Es besteht bei allen beteiligten Stellen volle Klarheit darüber, daß die Ausführungen des Friedensvertrages, insbesondere die Lieferung von Kohlen, Deutschland im nächsten Winter die schwersten Opfer wirtschaftlicher Art auferlegen werden.

Die Endberatung der Verfassung

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion.

* Weimar, 30. Juli.

In der Nationalversammlung ging es am Mittwoch nach den aufgeregten und leidenschaftlichen Auseinandersetzungen der vorhergehenden Tage leidenschaftlos und nüchtern zu. Die Verfassung wurde in dritter Lesung ein gutes Stück gefördert.

Der von einer schlecht besetzten Fraktionsführung der Sozialdemokraten in letzter Stunde eingebrachte Antrag, den Reichspräsidenten nicht vom ganzen Volke, sondern nach französischem Muster, vom Reichstag und Reichsrat wählen zu lassen, wurde als völlig aussichtslos zurückgewiesen.

Nach eingehendem Studium ist diese an den alten deutschen Amtseid erinnernde Fassung ausgewählt worden. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Dauer der Amtszeit des Reichspräsidenten statt auf 7 auf 5 Jahre festzusetzen, wurde abgelehnt.

Beim Artikel 108 machte die Rechte mit Unterstützung des Kriegsministers Reinhard erneut den Versuch, die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und der militärischen Ehrengerichte rückgängig zu machen.

Im wesentlichen blieb es auch bei den Grundrechten bei den bisherigen Beschlüssen. Lediglich Grundrecht wurde nur um den Artikel 119, bei dem die Sozialdemokraten wiederum versuchten, die völlige Gleichstellung der unehelichen Kinder durchzusetzen.

Die Abtretung der Ostgebiete.

Drahtmeldung.

Paris, 30. Juli. (W. T. B.)

Freiherr von Bersner hat der Friedenskonferenz schriftlich mitgeteilt, daß Deutschland für die an Polen abzutretenden Gebiete den von den Alliierten vorgeschlagenen Übergang der Souveränität Deutschlands auf Polen angenommen habe.

Der Kampf um die Masurensee.

Von

Elisabeth Bräuner-Hoepfner,

Mitglied der Nationalversammlung.

Der Verlust des Memellandes ist für den Ostpreußen ein tiefer Schmerz, für den Litauer, der über Nacht zum Groß-Litauer aufgerückt ist, eine verblüffende Ueberraschung. Die Abstimmung in Masuren ist für den Masuren eine „Morbsch“.

Masuren ist von deutschen Kolonisten besiedelt und der Kultur erschlossen worden. In Masuren war so ungefähr wie vor Erschaffung der Welt noch alles weiß und leer, und jenseits der Grenze besteht diese urzustandähnliche Lage noch heute.

Gerungen wird um die Kreise Dieglo, Lnd, Löhen, Johannisburg, Ortelsburg, Sensburg, Nüssel, Angerburg, Allenstein, Osterode, Neidenburg, kurz um den ganzen Regierungsbezirk Allenstein, nur um einen Teil des Kreises Neidenburg, um die Gegend von Soldau, nicht, weil die schon ohne Abstimmung durch Diktat der Entente den Polen verschrieben ist.

Die Haltung hat weder mit den Zahlenverhältnissen noch mit einer in den Herzen wurzelnden Empfindung zu tun, sondern wird ganz und gar bestimmt von der örtlichen Stärke der propagierenden Kräfte. So hat sich neuerdings im Allensteiner Landkreis ein Umschwung vollzogen, und auch an der Südburgengegend um den Osteroder Kreis haben sich starke nationalpolnische Kräfte etabliert.

Erst gegen Ende der neunziger Jahre haben sich die Polen darauf besonnen, daß sie bei günstiger Gelegenheit auf Masuren einmal einen Anspruch erheben könnten.